

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 08.03.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Bestellung zweier Schriftführer
Vorlage: 499/2016
2. Jahresbericht 2015 der Stadtbücherei Geilenkirchen
Vorlage: 837/2016
3. Präsentation des Auschwitz-Projektes der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule
Vorlage: 502/2016
4. Übersicht über die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zum Schuljahr 2016/2017
Vorlage: 838/2016
5. Antrag der Fraktion SPD-Linke auf Änderung der Nahverkehrsplanung 2017 zugunsten des schülerbefördernden Busverkehrs der Linie 407 in Kraudorf
Vorlage: 045/2016
6. Antrag der Fraktion SPD-Linke auf Änderung der Nahverkehrsplanung 2017 und Errichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle in Teveren
Vorlage: 046/2016
7. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Marko Banzet

Mitglieder

2. Hans-Jürgen Benden
3. Karola Brandt
4. Jennifer Diederichs
5. Theresia Hensen
6. Michael Kappes
7. Nils Kasper
8. Wilfried Kleinen
9. Lars Speuser
10. Horst Tacke
11. Max Weiler bis TOP 4

Stellvertretendes Mitglied

12. Gabriele Kals-Deußen in Vertretung für Herrn Stefan Mesaros, bis TOP 5
13. Heinz Kohnen in Vertretung für Frau Kirsten vom Scheidt

Sachkundige/r Bürger/in

14. Sonja Engelmann in Vertretung für Herrn Thomas Klein
15. Ingo Helf Vertretung in für Frau Gabriele Thielemann
16. Uwe Jöris
17. Frank Paulus
18. Werner Thamer
19. Ruth Thelen
20. Katja Wegner-Hens in Vertretung für Frau Karin Rodenbücher

von der Verwaltung

21. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
22. Gort Houben
23. Antonia Zaharanski

Protokollführerin

24. Irmtrud Penners

Ausschussvorsitzender Banzet begrüßte die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, Herrn Hahn von der Presse und die zahlreichen Zuhörer. Sodann stellte er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest sowie die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung. Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des BSSK seien keine Beanstandungen und Einwendungen erhoben worden.

Im Anschluss verpflichtete der Ausschussvorsitzende die Mitglieder des Ausschusses in feierlicher Form, soweit dies noch nicht erfolgt war. Herr Sontopski wurde ebenfalls verpflichtet.

**TOP 1 Bestellung zweier Schriftführer
Vorlage: 499/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss bestellt Stadtamtsrat Hermann-Josef Lehnen zum Schriftführer und Stadamt-frau Penners als Verhinderungsvertreterin.

**TOP 2 Jahresbericht 2015 der Stadtbücherei Geilenkirchen
Vorlage: 837/2016**

Die Leiterin der städtischen Bibliothek, Frau Zaharanski trug den Jahresbericht vor. Der Inhalt des Vortrags ist in dem Dokument wiedergegeben, das dieser Niederschrift als Anlage beigefügt wurde.

Sachkundiger Bürger Helf bezeichnete die städtische Bücherei als wichtige Institution für Geilenkirchen. Besucher würden hier stets freundlich und kompetent bedient.

Ausschussmitglied Benden sprach den fehlenden Sachbuchbestand an, der offenbar nicht mehr so bedient werden könne, wie er nachgefragt werde. Könne hier keine Lösung herbeigeführt werden, komme das „einem Sterben auf Raten“ gleich. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen begrüße ebenfalls die gute Arbeit der Bibliothek. Mit Lob alleine lasse sich aber der Betrieb einer solchen Institution nicht aufrecht halten. Die Frage, was ist eine Bücherei wert, wäre aber nicht so einfach zu beantworten. In jedem Falle würde in Geilenkirchen etwas fehlen, wenn die städtische Bücherei nicht mehr vorhanden wäre. Der Stadtverordnete forderte, die Verwaltung möge eine entsprechende Vorlage erstellen, was zu tun sei, um die Funktionsfähigkeit der Bibliothek zu erhalten. Noch so großes Engagement und gute Arbeit genügten leider nicht hierfür. Dafür erfordere es auch die Bereitstellung entsprechender Gelder. Hierüber sei in den Haushaltsberatungen im November zu reden. Auf seine entsprechende Nachfrage bestätigte Frau Zaharanski, der Sachbuchbestand werde künftig einer Veränderung unterliegen, da immer öfter Informationen im Internet nachgesucht würden. Hierdurch entstünden Freiflächen, die man mit Stühlen und Tischen bestücken wolle.

Ausschussmitglied Speuser erkundigte sich, ob im vergangenen Jahr keine Landesmittel bereitgestellt wurden. Frau Zaharanski antwortete, das Projekt Onleihe wäre über zwei Jahre gelaufen. Künftig würden Förderungen nur für Projekte geleistet, bei denen man davon ausgehen könne, dass sie nachhaltig wären, z. B. für die digitale Bibliothek.

Ausschussmitglied Speuser fragte nach, in welcher Höhe die Mittel für die Bibliothek erforderlich wären. Frau Zaharanski antwortete, je mehr für die Bücherei ausgegeben würde, desto besser sei das natürlich für ihren Erhalt und Betrieb. Tatsächlich sei der Etat in den letzten 30 Jahren nicht erhöht worden, sondern wurde stattdessen gekürzt. Inzwischen stünde „das Wasser bis zum Hals“, sodass eine Etaterhöhung von 1.000,00 € nicht mehr ausreichend sein würde. Amtsleiter Houben erinnerte daran, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts auch der Personalbestand gekürzt wurde.

Ausschussmitglied Benden regte an, zur nächsten Sitzung dem Ausschuss ein Konzept vorzulegen, was die städtische Bücherei brauche, um einen ordnungsgemäßen Betrieb fortzuführen.

Ausschussmitglied Kleinen befand es als wichtig, mit guten Ideen insbesondere an junge Leute heranzutreten, um sie ins Haus zu holen. Er bat Frau Zaharanski den Dank des Ausschusses auch an die Mitarbeiterinnen weiter zu geben.

Ausschussmitglied Kals-Deußen fand es erstaunlich, wie innovativ die Stadtbücherei sich immer wieder zeige. Ihres Wissens gebe es keine weitere öffentliche Bibliothek im Kreis Heinsberg, die mit einem ähnlichen Engagement aufwarte. Es stelle sich nun die Frage, wie gehe es weiter und was sei an Fördermitteln notwendig dafür. Wenn die Bücherei nun frei werdende Flächen neu gestalte, bedürfe es dafür doch sicher auch Mittel.

Ausschussmitglied Brandt äußerte, die Stadtbücherei sei insbesondere von Bedeutung für weniger bemittelte Familien. Nicht alle Eltern könnten es sich leisten, ihren Kindern Bücher zu kaufen. Es gelte daher Überlegungen anzustellen, wie man an die notwendigen Mittel komme, um den Betrieb aufrecht zu halten. Beispielsweise könne man der Bibliothek Bücher schenken, statt sie in den Bücherschrank zu stellen, wo sie meist nie mehr genutzt würden. Die Stadtverordnete drückte ihre Hoffnung aus, dass auch alle Ratsmitglieder Mitglieder der Stadtbücherei seien. Frau Zaharanski verwies darauf, dass in der Regel nur neuen Bücher „verleihbar“ wären.

Ausschussvorsitzender Banzet schlug vor, den nächsten Jahresbericht in der städtischen Bücherei abzuhalten.

**TOP 3 Präsentation des Auschwitz-Projektes der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule
Vorlage: 502/2016**

Herr Wolynski und Herr Bani-Shoraka von der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule stellten eingehend das Auschwitz-Projekt der Schule anhand einer Foto-Präsentation vor (zu Einzelheiten siehe hierzu auch die Sitzungseinladung). Abschließend trugen sie vor, die Teilnahme an der fünftägigen Studienfahrt koste jedem teilnehmenden Schüler 250,00 €. Um auch den Kindern weniger vermögender Eltern die Teilnahme weiterhin zu ermöglichen, wolle die Projektleitung versuchen den Eigenanteil je Schüler/in auf 180,00 € zu senken. Dies sei nur möglich durch eine Förderung. Eine solche habe bislang die Stiftung „Erinnern Ermöglichen“, die sich leider in der Auflösung befinde, erbracht. Da diese nun auch entfalle, bitte man seitens der Stadt um eine jährliche Förderung in Höhe von 5.000,00 €.

Ausschussmitglied Benden befand, man könne in Geilenkirchen stolz auf ein solches Projekt sein. Es solle möglichst vielen Schüler/innen ermöglicht werden, die Studienfahrt mitzumachen. Dies zu unterstützen rechne sich auch für die Stadt. Wenn man nur an drei öffentlichen Gebäuden Schmierereien entfernen müsse, koste das mehr als 5.000,00 €. Er würde sich daher freuen, wenn der Ausschuss ein entsprechendes Votum an den Haupt- und Finanzausschuss richten würde.

Ausschussmitglied Engelmann stimmte den Ausführungen ihres Vorredners zu. Bereits die Fotos der recht langen, aber fesselnden Präsentation hätten eine erschreckende Wirkung. Lehrer und Schüler steckten erstaunlich viel Engagement in das Projekt, auch in der Freizeit. Es verdiene die notwendige Unterstützung, damit es fortgeführt werden könne.

Ausschussmitglied Kals-Deußen stimmte Herrn Benden ebenfalls zu. Sie habe mit einigen anderen Fraktionsvorsitzenden bereits zuvor an einer noch viel ausführlicheren Präsentation teilgenommen und sie mit einer großen Betroffenheit verlassen. Es gebe sicher genug sog. „Studienfahrten“ für Schüler, die nicht eine so lange Anfahrt erforderten und mit mehr Spaß für die Teilnehmer verbunden wären. Von dieser Fahrt aber kämen die Schüler sicher ganz anders zurück, als sie weg gefahren wären. Es läge in der Verantwortung von Rat und Verwaltung, den Schülern die Teilnahme an dieser Fahrt zu ermöglichen. Es solle daher unbedingt geprüft werden, was seitens der Stadt getan werden könne, um den Bestand des Projekts dauerhaft zu sichern.

Ausschussmitglied Kleinen befand ebenfalls, dass man seitens der Stadt alles geben müsse, damit die Studienfahrten nach Auschwitz weiterhin stattfinden könnten. Er sah darin eine gute Gelegenheit, der jungen Generation einen Ruck in eine bestimmte Richtung zu geben. Während der Nachbereitung bzw. während der Ausstellung in der Kreissparkasse könnten Besucher von den teilnehmenden Schüler/Innen erfahren, wie die Fahrt auf sie gewirkt habe. Auf seine entsprechende Frage wurde ihm seitens der vortragenden Lehrer bestätigt, dass sich die Fördersumme über 5.000,00 € aus dem Wegfall der bisherigen Förderung ergebe.

Ausschussmitglied Kappes gab zu bedenken, dass bislang vier Klassen, somit ca. 120 Schüler an der Studienfahrt teilnahmen. Öffne man die Fahrt auch für Klassen der Realschule und des Gymnasiums, erhöhe sich deren Zahl und damit auch der Förderbedarf.

Ausschussmitglied Benden sprach sich dafür aus, durch Formulierung eines Beschlussvorschlags an den Haupt- und Finanzausschuss ein eindeutiges Zeichen zugunsten des Projekts zu setzen. Hierbei müsse man keine Summe festsetzen.

Ausschussmitglied Weiler teilte mit, sich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als befangen zu erklären. Er begleite das Projekt in seiner Funktion als Mitglied des Fördervereins

der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule von Anfang an. Auch seine Tochter habe daran teilgenommen und es sei tatsächlich so, dass von der Studienfahrt ein anderes Kind zurückkehre als weggefahren sei. Er plädiere daher für eine Förderung des Projekts.

Ausschussmitglied Kleinen verwies darauf, dass im nächsten Jahr eine Bezuschussung von 5.000,00 € nicht ausreiche, da dann mehr Schüler teilnehmen sollten.

Ausschussmitglied Kappes sprach sich dafür aus, im nächsten Jahr über die Bezuschussung möglichst früh zu entscheiden, damit die Studienfahrt stattfinden könne.

Herr Pauli meinte, dann sei eine Pro-Kopf-Bezuschussung erforderlich. Jeder Euro aber, den man so in Jugendliche investiere, zahle sich im Erwachsenenalter aus.

Ausschussmitglied Benden schlug vor, in diesem Jahr eine Bezuschussung von 5.000,00 € für das gesamte Projekt zu beschließen und im kommenden Jahr eine Pro-Kopf-Bezuschussung.

Beschlussvorschlag:

Dem Haupt- und Finanzausschuss wird empfohlen, für 2016 eine Bezuschussung in Höhe von 5.000,00 € für das Ausschwitz-Projekt der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule zu beschließen.

TOP 4 Übersicht über die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen der städtischen Schulen zum Schuljahr 2016/2017 Vorlage: 838/2016

I. Beigeordneter Brunen erläuterte die als Tischvorlage ausgehändigte Übersicht über die Schüleranmeldezahlen für die Eingangsklassen im kommenden Schuljahr und beantwortete die entsprechenden Anfragen hierzu aus der Ausschussmitte.

TOP 5 Antrag der Fraktion SPD-Linke auf Änderung der Nahverkehrsplanung 2017 zugunsten des schülerbefördernden Busverkehrs der Linie 407 in Kraudorf Vorlage: 045/2016

Sachkundiger Bürger Helf erläuterte den Antrag der Fraktion SPD-Linke eingehend. Diesbezüglich sei auch auf die entsprechende Anlage zur Sitzungseinladung verwiesen. Weiter führte er aus, in Kraudorf stünde ein Bus-Haltehäuschen bereit. Die Anzahl der zu transportierenden Kinder sei auf 30 angestiegen. Laut der nun vorliegenden Stellungnahme der WEST könne das Haltehäuschen in Kraudorf nur von Gelenkbussen nicht angefahren werden, mit „normalen“ Bussen sei das möglich. Die Einrichtung einer Haltestelle in Nirm verlängere den Fußweg der Schulkinder unnötig noch mehr. Die Aussage der WEST, das sei schon immer so gemacht worden, sei nicht hinnehmbar. Vielmehr sei es bedauerlich, dass die bestehende Situation in so vielen Jahren nicht verändert wurde. Es gehe nicht an, dass wirtschaftliche Interessen über die Sicherheit der Schulkinder gestellt würden.

Ausschussmitglied Jöris sprach sich dafür aus, den Antrag dahingehend zu erweitern, dass die Linie 407 erhalten bleibe. Ansonsten bestehe ab 2017 lediglich die Möglichkeit Kraudorf und Hoven mit einem Multibus anzufahren.

Ausschussmitglied Kleinen monierte, dass die Stellungnahme der WEST dem Ausschuss erst heute per Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde. Das Schreiben der WEST datiere vom 26.02.2016 und wurde erst heute am 08.03.2016 allen Ausschussmitgliedern ausgehändigt. Dass es nur einigen Ausschussmitgliedern am vorangegangenen Tag per E-Mail zugeschickt wurde, mache die Sache nicht besser.

Ausschussmitglied Benden befand die Stellungnahme der WEST zur Problemlösung ebenfalls als nicht hilfreich. Auch die WEST stehe in der Pflicht dem Bürger zu helfen. Die einfachste Lösung finde sich darin, mit anderen Bussen Kraudorf und Hoven anzufahren. Sei das nicht möglich, solle dem Stadtentwicklungsausschuss vorgeschlagen werden, die von der WEST vorgeschlagenen baulichen Änderungen zu beraten und zu beschließen.

I. Beigeordneter Brunen bestätigte, für Beschlüsse, die den ÖPNV bzw. die Neugestaltung von Bushaltestellen betreffen, sei der StEWI zuständig, der BSSK könne diesbezügliche Beschlüsse nicht treffen. Er schlage daher dem Ausschuss vor, diesen und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt zuständigkeitshalber an den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Auf die entsprechende Nachfrage des Ausschussmitglieds Kohnen antwortete Herr Helf, zum Einsatz von anderen Bussen als Gelenkbussen habe sich die WEST in allen bisherigen Schreiben und Telefonaten negativ geäußert. Dies sei umso unverständlicher, als dass auf Antrag der Stadt Heinsberg hin, über Kaphof ein normaler Bus eingesetzt wurde. Da der Kreis und damit die Stadt Geilenkirchen Auftraggeber des Schülerverkehrs seien, müssten hier auch für Geilenkirchen Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sein. I. Beigeordneter Brunen erinnerte daran, dass die Auftragsvergaben letztendlich über die Solidargemeinschaft erfolgten. Höhere Kosten im Schülertransport würden letztendlich über die Kreisumlage auch von der Stadt Geilenkirchen zu bezahlen sein. Wenn nun jede Kommune Sonderfahrten durchsetzen wolle, müsse befürchtet werden, dass die Schülertransporte irgendwann nicht mehr zu finanzieren seien.

Auf die entsprechende Nachfrage des Ausschussmitglieds Speuser antwortete Herr Helf, die Einspruchsfrist ende Ende September/Anfang Oktober. Selbstverständlich sollten Umplanungen so früh wie möglich erfolgen. Er befand, bei Ortschaften von 26 Kindern sollte die Solidargemeinschaft durchaus auch für diese einstehen.

Ausschussmitglied Benden vertrat die Auffassung, da es sich um Geilenkirchener Kinder handle, könne ein Statement seitens des Ausschusses nicht schaden.

Ausschussmitglied Kaspers stimmte dem zu. Der Sachverhalt sollte dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung vorgestellt werden.

Ausschussmitglied Brandt schlug vor, sämtliche Geilenkirchener Stadtverordnete sollten sich mit einem entsprechenden Appell an ihre Vertreter im Kreis wenden.

Ausschussmitglied Engelmann sprach sich ebenfalls dafür aus, den Tagesordnungspunkt an den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen, um ihn dort mit den entsprechenden Änderungen und erweiterten Informationen weiter zu behandeln.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur verweist einstimmig die weitere Beratung und Beschlussfassung zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, wobei er ebenfalls einstimmig die Annahme des Antrags empfiehlt.

**TOP 6 Antrag der Fraktion SPD-Linke auf Änderung der Nahverkehrsplanung 2017 und Errichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle in Teveren
Vorlage: 046/2016**

Ausschussmitglied Engelmann erläuterte die Intention des Antrags. Die Einzelheiten hierzu wurden bereits in der entsprechenden Anlage zur Sitzungseinladung aufgeführt. Teveren vergrößert sich ständig durch die Anlage neuer Baugebiete, auch in Richtung NATO-Airbase. Teilweise müssten Schulkinder 800 m bis zur nächsten Bushaltestelle zurücklegen und dazu auch noch einen Hügel hinaufgehen. Hinzu komme, dass die Teverener Bevölkerung immer älter werde und es für sie vor Ort nur wenige Möglichkeiten gebe ihren täglichen Bedarf zu decken, so dass sie hierzu auf den ÖPNV angewiesen wären. Aus den vorgenannten Gründen sei es notwendig, eine zusätzliche Haltestelle in der Töpferstraße zu installieren und diese in die Nahverkehrsplanung mit einzubinden.

Ausschussvorsitzender Banzet verwies darauf, dass die Beratung und Beschlussfassung auch dieses Tagesordnungspunktes in die Zuständigkeit des Stadtentwicklungsausschusses falle.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur verweist einstimmig die weitere Beratung und Beschlussfassung zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, wobei er ebenfalls einstimmig die Annahme des Antrags empfiehlt.

TOP 7 Verschiedenes

Bezüglich der entsprechenden Anfrage des beratenden Mitglieds Tacken, bestätigte I. Beigeordneter Brunen, dass die Planung eines Wettkampf- und Lehrschwimmbeckens im neu zu errichtenden Hallenbad aufgrund des entsprechenden Beschlusses des Rates erfolgte.

Herr Tacken gab bekannt, dass die diesjährige Sportlerehrung am 15.04.2016 erfolge. Die Einladungen würden in den nächsten Tagen verschickt.

Die Sitzung endet um: 19:53

Vorsitzender

Schriftführerin:



Marko Banzet

Irmtrud Penners